

Ein nationaler Blick auf ein globales Problem

Autor(en): **Dyttrich, Bettina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **66 (2011)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891330>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein nationaler Blick auf ein globales Problem

Wie viele Menschen in einem Land Platz haben, ist vor allem eine Frage des Lebensstils. Eine Antwort auf Hans Bieris Text «Erreicht die Landschaftsinitiative ihr Ziel?»

Bettina Dyttrich¹. «Solange wir nicht (...) wieder den Mut aufbringen, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sie unseren Bedürfnissen dient, werden wir keinen Weg finden, unsere lebenswichtigen Ressourcen zu schützen», schreibt Hans Bieri im letzten «Kultur und Politik». Einverstanden. Trotzdem: So machtlos, wie sie der Autor darstellt, ist die Raumplanung und die Wohn(bau)politik auch in einer Wachstumswirtschaft nicht – oder müsste es zumindest nicht sein, wenn genug PolitikerInnen die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nähmen. Es gibt nämlich ziemlich viele Menschen, die gerne in den Zentren leben würden, aber es sich nicht leisten können. Nicht wenige würden lieber in Zürich in einem Hochhaus wohnen, als in eine Agglomerationsgemeinde zu pendeln. Die wachsende Bevölkerung ist ein Grund für die horrenden Mieten in Zürich, aber lange nicht der einzige. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass Immobilien heute nicht mehr zum Nutzen, sondern wegen der Rendite gekauft werden. Und der MieterInnenschutz ist im internationalen Vergleich sehr schlecht, während der Bau von Einfamilienhäusern steuerlich gefördert wird. Wenn es umgekehrt wäre, sähe unser Land anders aus.

Das Einfamilienhaus als Ideal

Dass in einem dicht besiedelten Land wie der Schweiz ausgerechnet das platzfressende Einfamilienhaus als Ideal gilt, ist eine Katastrophe. Natürlich ist es sinnvoll, die historischen Einzelbauten, die unser Land prägen, zu erhalten. Und natürlich ist das Einfamilienhaus als Bauernhaus zweckdienlich. Aber nur ein Bruchteil der EinfamilienhausbewohnerInnen arbeitet in der Landwirtschaft.

Wenn Wohnen und Arbeiten wieder näher zueinander gebracht würden, liessen sich Wege einsparen und das Strassennetz verkleinern. Zwar stiegen damit «die Versorgung und Entsorgung pro Fläche», wie Bieri schreibt. Aber sie wären trotzdem effizienter als in Einfamilienhausquartieren, denn die Wege wären viel kürzer. Schliesslich ernähren und versorgen sich die Menschen auf dem Land und in den Agglome-



Foto: Markus Schär

Zu viele Menschen oder zu grosse ökologische Fussabdrücke?

rationen heute genauso wenig mit Produkten aus der Region wie die Stadtbevölkerung, und sie fahren meist viel weiter zum Einkaufen. Genau so sind die Wege für die Entsorgung viel länger. Die Wohnfläche pro Person ist nur ein Faktor und nicht der wichtigste, das stimmt. Aber sie hat dennoch einen Einfluss. Dazu ein Beispiel: Meine Schwester lebte mit ihrer Familie im Winterthurer Quartier Tössfeld in einer kleinen Dreizimmerwohnung. In einer jener Wohnungen, die als «nicht mehr zeitgemäss» gelten – obwohl es nie Probleme gab, MieterInnen zu finden. Die Gartenflächen vor dem Mehrfamilienhaus waren grösser als der Grundriss des Hauses. Dort trafen sich die BewohnerInnen in der Freizeit, diskutierten, grillierten und bauten einen Teil ihres Gemüses an. Dank der Gärten war die Lebensqualität trotz der kleinen Wohnungen hoch. Doch den Eigentümern warf das Haus zu wenig ab. Sie liessen es abreißen und stellten einen Neubau mit «zeitgemässen», grossen Wohnungen hin. Der Garten verschwand darunter, aber trotz grösserem Grundriss wohnen heute im Neubau nicht mehr Menschen als früher im alten Haus. Verschwunden ist ein sozialer Raum für Menschen mit geringem Einkommen, ein Grünraum, der das ganze Quartier belebte, und eine Möglichkeit zur Teilselbstversorgung.

Was heisst «wir»?

«Die Schweiz hat aus ökologischen Gründen nicht Raum für zehn Millionen Einwohner», schreibt Hans Bieri. Das ist eine Frage des Lebensstils. Wenn alle ein Einfamilienhaus

und zwei Autos pro Haushalt wollen, geht es tatsächlich nicht. Weder in der Schweiz noch global. Aber es hat keinen Sinn, ökologische Probleme nur aus einer nationalen Perspektive zu betrachten.

«Siedlungswachstum und Bodenverbrauch hängen primär von der Bevölkerungszahl ab, und die ist mit dem Geburtenrückgang und der Zuwanderung eine Funktion der Wachstumswirtschaft», schreibt Bieri zum Schluss. Das Wort «Zuwanderung» klingt abstrakt und bedrohlich. Es stimmt: Mit einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang kämen vielleicht weniger Menschen in die Schweiz. Aber das ist hypothetisch. Die Menschen sind da.

Flüchtlinge leben unter erbärmlichen Bedingungen mit wenigen Franken am Tag – sie sind es sicher nicht, die den Bodenverbrauch anheizen. Arbeitssuchende aus EU-Ländern sind da wohl eher gemeint. Solange in der Welt (und auch innerhalb der EU) eine solche Ungleichheit herrscht, werden Menschen versuchen, in reichere Länder auszuwandern. Genauso wie es viele Schweizer Kleinbauern und ArbeiterInnen in vergangenen Jahrhunderten gemacht haben. Die Schweiz hat bisher wenig getan, um die globale Ungleichheit zu mindern. Im Gegenteil, sie verwaltete immer gern das Geld von Diktatoren, die die eigene Bevölkerung ausnahmen. Und sie lockt mit tiefen Steuern Reiche aus der ganzen Welt an. Deren Abgaben fehlen woanders – in der Bildung, in der Gesundheitsversorgung. Unsere Steuergeschenke verringern anderswo die Chancengleichheit. Das kann ein Grund sein, auszuwandern.

Die Menschen sind da. Es geht darum, wie wir sie behandeln. Aber was heisst überhaupt «wir»? Mein Vater kommt aus Wien, und ich bin sicher, auch Sie haben Verwandte oder Bekannte, die nicht aus der Schweiz stammen. Praktisch alle SchweizerInnen haben das. Es erstaunt mich immer wieder, wie tief die Trennung «wir Schweizer» und «die Ausländer» in vielen Köpfen steckt, obwohl sie doch so offensichtlich nicht funktioniert. Menschen sind nicht mehr wert, weil sie zufällig diesseits der Grenze geboren sind. ●

¹ Bettina Dyttrich ist Redaktorin der Wochenzeitung WOZ mit Schwerpunkt Landwirtschaft. Für die WOZ hat sie mit der Zürcher SP-Gemeinderätin Jacqueline Badran ein ausführliches Interview über Bodenpolitik geführt, das unter www.woz.ch/artikel/rss/19870.html gelesen werden kann. Gemäss der Autorin ist Badran eine der wenigen PolitikerInnen, die sich vertieft mit Bodenpolitik auseinandersetzen.